

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

20.2.1929 (No. 43)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postkontos  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. Krenn,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Verabreichung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Amtlicher Teil

#### Erhebung der staatlichen Grund- und Gewerbesteuer

Nach den bis jetzt gemachten Beobachtungen steht zu befürchten, daß die außergewöhnlich lang anhaltende strenge Winterfalte nicht ohne schwer schädigenden Einfluß auf das gesamte Wirtschaftsleben bleiben wird. Aus landwirtschaftlichen Kreisen werden Befürchtungen laut über Schädigung der Winterfaat, der Neb- und Obstanlagen. Auch in Haus und Hof verursacht die Winterfalte an Gebäuden, sowie durch starke Bedrohung der Gesundheit des Viehs mehr oder minder schweren Schäden. Art und Umfang dieser Schäden können in einzelnen erst nach einiger Zeit festgestellt werden; zur Feststellung werden besondere Erhebungen, insbesondere durch die Landwirtschaftskammer, gar nicht zu entbehren sein. Auch aus Kreisen von Handel, Industrie und Gewerbe werden empfindliche Störungen in Produktion und Absatz als Folge der Kälte gemeldet. Alle diese Schädigungen sind um so bedauerlicher, als sie die ohnehin schon schlechte Wirtschaftslage noch ungünstiger gestalten.

Im Hinblick darauf hat der badische Finanzminister die Finanzämter erneut und eindringlichst angewiesen, zunächst bei Beitreibung rückständiger staatlicher Grund- und Gewerbesteuer die größtmögliche Rücksicht zu üben und außerdem noch mehr als sonst Gesuche um Stundung, Ermäßigung und Erlaß der staatlichen Grund- und Gewerbesteuer in begründeten Einzelfällen der genannten Art besonders wohlwollend zu behandeln. Außerdem wird geprüft werden, ob und inwieweit etwa darüber hinaus nötigenfalls wenigstens für Gruppen von Fällen besonderer Schädigung eine Erleichterung der verschärften wirtschaftlichen Notlage gewährt werden kann. Der badische Finanzminister hat ferner den Herrn Reichsminister der Finanzen und den Herrn Minister des Innern gebeten, für die gleiche schonende Behandlung bei der Erhebung der Reichs- und Gemeindesteuern besorgt sein zu wollen.

#### Neue Gerüchte über Spanien

„Chicago Tribune“, der jede Verantwortung überlassen bleiben muß, veröffentlicht eine Meldung aus Hendaye an der spanischen Grenze, in der behauptet wird, König Alfons stehe mit verschiedenen Persönlichkeiten wegen Übernahme der Regierung in Verhandlungen. Er habe die Bildung der Regierung General Berenguer, dem Chef seines persönlichen militärischen Gefolges, angeboten, dieser habe jedoch abgelehnt. Der König verhandle auch mit dem Grafen Marzan, dem Sohne des gegenwärtigen Finanzministers. Auch stehe er in Verbindung mit dem Marquis von Mazarac, dem spanischen Volschafteur beim Ratkan, und es sei auch das Gerücht verbreitet gewesen, daß Mazarac beabsichtige, die Nachfolgerschaft Primo de Rivera anzutreten. In der gleichen Nachricht werden Gerüchte von bevorstehenden neuen Unruhen verzeichnet, die zum Teil veranlaßt seien durch den plötzlichen Sturz der spanischen Peseta von 6,90 auf 6,50 im Verhältnis zum Dollar.

Aus Madrid wird gemeldet, daß am Dienstag im Laufe eines im Schloße abgehaltenen Ministerrates Primo de Rivera dem König die Maßnahmen mitgeteilt habe, die die Regierung ins Auge fasse, um das Regime zu sichern und zu stärken. Sollte der König sie billigen, so würde dies natürlich bedeuten, daß er der Regierung erneut sein Vertrauen bekundet.

#### Einigung zwischen dem Diktator und dem König

Pr. Paris, 20. Febr. (Tel.) Wie Journal aus Madrid meldet, habe Primo de Rivera im gestrigen Ministerrat ein detailliertes Exposé über die jüngsten Ereignisse gegeben. Er habe dabei offen erklärt, daß die Krone mit für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung verantwortlich sei, und daß er nicht im Amt bleiben würde, wenn die energischen Maßnahmen, die er für nötig halte, um eine Wiederholung der letzten Ereignisse zu vermeiden, abgelehnt würden. Der König habe auf die Vorschläge seines ersten Ministers zustimmend geantwortet. Der König habe ein Dekret unterzeichnet, durch das die Artilleriewaffe zum zweitenmal aufgelöst wird (die erste Auflösung geht auf das Jahr 1926 zurück) und weiter die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen gegen die meisten bei dem letzten Aufstand kompromittierten Persönlichkeiten begünstigt. Dadurch würden die Gerüchte über einen Anstiebsvorsatz, den der König dem Ministerpräsidenten in Vorschlag gebracht habe, hinfällig.

Pr. Paris, 20. Febr. (Tel.) Nach einer von den Blättern wiedergegebenen Nachricht aus Madrid haben gestern zwei Polizeispektoren in der Wohnung des ehemaligen Präsidenten der spanischen Kammer, Miguel Villanueva, eine Hausdurchsuchung abgehalten und Villanueva einen Haftbefehl zugestellt. Es wurden eine Anzahl Dokumente beschlagnahmt. Villanueva, der im 78. Lebensjahr steht, wurde vorläufig unter Bewachung in seiner Wohnung gelassen.

Im Berliner Bundesanklagenverfahren wurden die Angeklagten Dr. Frank mit 4 Monaten Gefängnis und Beule und Scherlinski mit je 3 Monaten Gefängnis bestraft.

### Letzte Nachrichten

#### Die Berliner Koalitionsverhandlungen

Noch keine Ergebnisse

M. Berlin, 20. Febr. (Priv.-Tel.) Über die Koalitionsverhandlungen im Reich und in Preußen wird heute im allgemeinen Stillschweigen bewahrt, und der Inhalt der Meldungen der Presse geht sehr weit auseinander, wie auch die Stimmung verschieden ist. In übertriebenen Hoffnungen liegt nach unseren Informationen kein Anlaß vor. Nachdem gestern der Reichskanzler dem Reichspräsidenten Bericht über die parlamentarische Lage erstattet hat, hat die darauf zwischen Stresemann und Paas stattgefundene Aussprache sich, wie nun bestätigt wird, im wesentlichen um die Außenpolitik gedreht, in der ja der Zentrumsführer gegen den Außenminister in den letzten Wochen eine oppositionelle Haltung eingenommen hat.

Am Abend fanden dann anläßlich eines Bierabends der preussischen Staatsregierung neue Unterhaltungen in zwangloser Form statt, so zwischen dem Reichskanzler Hermann Müller und dem Führer des preussischen Zentrums, Geh. Es sollen neue Vorschläge an die Deutsche Volkspartei gemacht werden, die gestern das Angebot, in Preußen einen Minister und einen Staatssekretär zu erhalten abgelehnt und mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen hatte, die Überlassung zweier Ministerposten zu verlangen. Angeblich soll der Volkspartei in Preußen nun ein Minister und zwei Staatssekretäre zugestanden werden.

Im Reich liegen die Schwierigkeiten in der Forderung des Zentrums nach drei Ministerien. In politischen Kreisen verläutet, daß, wenn Hermann Müller jetzt mit seinen Verhandlungen scheitern sollte, die Sozialdemokraten auf dem Parteitag in Magdeburg wahrscheinlich ultimative Beschlüsse fassen werden.

#### Die Pariser Konferenz

Die Auffassung der deutschen Sachverständigen

M. Berlin, 20. Febr. (Priv.-Tel.) Während in der deutschen Presse von einem Stillstand der Pariser Verhandlungen gesprochen wird, erfahren wir, daß die deutsche Sachverständigen auf Grund der bisherigen Unterhaltungen doch optimistisch eingestellt sind, zumal die Amerikaner ihren ganzen Einfluß aufzubieten haben, damit die Konferenz praktische Ergebnisse zeitigen könne. So ist es auch auf sie zurückzuführen, daß Parker Gilbert bisher nicht zur Erstattung seiner optimistischen Darstellung in seinem Jahresbericht herangezogen wurde. Die Amerikaner scheinen der Auffassung Schachts zuzuneigen, zumal Morgan wiederholt erklärt hat, eine Überlastung Deutschlands würde nicht in Frage kommen, weil sonst sicher bei der Finanzierung der deutschen Anleihen die Amerikaner sich selber schädigen würden.

#### Amerika und der Weltgerichtshof

W.B. Washington, 19. Febr. (Tel.) Staatssekretär Kellogg hat den diplomatischen Vertretern sämtlicher Mächte, die das Weltgerichtshofprotokoll unterzeichnet haben, eine Note übermittelt, in der erklärt wird, die Vereinigten Staaten seien bereit, Mitglied des Weltgerichtshofs zu werden unter der Voraussetzung, daß sich eine Formel finden lasse, die bei Wahrung der Interessen der Vereinigten Staaten das Hindernis beseitigen würde, das der amerikanische Vorbehalt bildet. Es handelt sich dabei um den Vorbehalt, daß der Gerichtshof nicht ohne Zustimmung der Vereinigten Staaten irgendein Urteil um ein Gutachten in irgendeiner Streitfrage berücksichtigen solle, an dem die Vereinigten Staaten ein Interesse haben.

#### Die Konservativen gegen die Regierung Baldwin

W.B. London, 20. Febr. (Tel.) Die Regierung ist gestern im Unterhaus mit knapper Not der Gefahr einer ihr durch ihre eigene Partei bereiteten Niederlage entgangen. Anlaß dazu gaben die Erörterungen über die Höhe der Entschädigung für Personen in Irland, die während der dortigen Unruhen infolge ihrer lokalen Haltung gegenüber der britischen Regierung finanzielle Verluste erlitten haben. Verschiedene konservative Mitglieder erklärten die vorgeschlagene Entschädigung für zu gering und wandten sich mit Schärfe gegen die von Amey und Churchill abgegebenen Erklärungen. Die Kritik wurde vorläufig unterbrochen, als Baldwin im Saal erschien und die Beratung der Debatte durchsetzte. „Times“ bezeichnet den Vorgang als eine zweifelhafte Demütigung der Regierung und sagt, Baldwin habe zwar die Lage gerettet, aber den Schatzkanzler und den Kolonialminister, die beide als Vorkämpfer des Kabinetts gesprochen hätten, in eine sehr peinliche Lage gebracht.

### \* Zuspitzung

#### im Sachverständigenausschuß

Es ist an der Zeit, der irrthümlichen Auffassung entgegenzutreten, als ob die Mitglieder des Sachverständigenausschusses wirklich vollkommen unabhängig und objektiv seien. Sie sind lediglich insofern unabhängig, als sie den verantwortlichen Regierungen ihrer Länder nicht angehören, an Instruktionen dieser Regierungen nicht gebunden sind und ihrer ganzen persönlichen Einstellung nach die Dinge mehr vom wirtschaftlichen als vom politischen Standpunkt aus betrachten. Aber alle diese Sachverständigen sind und bleiben doch die Vertreter der Wirtschaft ihrer Länder. Und diese Länder sind entweder unmittelbar oder mittelbar Gläubiger Deutschlands. Das heißt: die Wirtschaft aller dieser Länder ist daran interessiert, möglichst viel aus dem großen Schuldner Deutschland herauszuschlagen.

Und wenn hundertmal ein Sachverständiger dieser Länder innerlich zu der Überzeugung gelangen sollte, daß Deutschland eigentlich jene ungeheuren Lasten gar nicht tragen kann, so wird er doch sicherlich sozusagen als Patriot und als Angehöriger der eigenen Nation das Vereicherungs- und Erwerbsinteresse dieser Nation vor die bessere Überzeugung rangieren lassen. Im besten Falle ist damit zu rechnen, daß er sich bemüht, einen vernünftigen Ausgleich zwischen dem Gläubigerinteresse seines Landes und der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands zu suchen.

Auch Amerika ist in der hier geschilderten Weise an der Frage interessiert, allerdings nur mittelbar: die Reparationszahlungen Deutschlands sollen in erster Linie die Schuldner Amerikas in Stand setzen, ihre eigenen Schulden an Amerika zu zahlen. Es muß schon als ein verhältnismäßig günstiges Zeichen gewertet werden, wenn wenigstens amerikanische Wirtschaftskreise Verständnis dafür entwickeln, daß das deutsche Volk, wenn es weiterhin mit derartig ungeheuren Schuldsummen belastet bleibt, als Käufer und Abnehmer amerikanischer Exportware nicht in Betracht kommen kann. Amerika wird diesen Export mit der Zeit immer mehr pflegen müssen. Denn auch drüben kennt man neuerdings das Gespenst der Arbeitslosigkeit. Wird doch gemeldet, daß zur Zeit die Vereinigten Staaten mehr als 2 Millionen Arbeitslose zählen!

Und es muß weiterhin als ein relativ erfreuliches Symptom gewertet werden, wenn jetzt der amerikanische Handelsattaché in Berlin in einem Bericht die deutschen wirtschaftspolitischen Verhältnisse teilweise sehr richtig und vernünftig bespricht. Sonach wird man von der Teilnahme der Amerikaner an den Beratungen des Sachverständigenausschusses schließlich noch am ehesten eine Einflußnahme im Sinne wirtschaftspolitischer Vernunft erwarten können.

Was die übrigen Sachverständigen anlangt, so haben sich nach den neuesten Meldungen in den letzten Tagen die Gegensätze zwischen den Sachverständigen der Gläubigerstaaten und denen Deutschlands recht scharf herausgebildet. Es liegt das daran, daß die deutschen Sachverständigen immer wieder von neuem betonen, daß Deutschland nur dann die hohen Reparationssummen auf die Dauer bezahlen kann, wenn es so viel exportiert, daß eine aktive Handelsbilanz herauskommt. Das ist eine These, gegen deren Richtigkeit sich absolut nichts einwenden läßt. Aber sie ist natürlich für die Gläubigerstaaten nicht sehr bequem.

Wie in englischen Zeitungen zu lesen ist, haben sich Dr. Schacht und der englische Bankier Stamp in längeren Unterredungen bisher noch nicht im geringsten einigen können. Man hat bereits einen Unterausschuß eingesetzt, dem außer diesen beiden Herren Barmentier (Frankreich), Goutt (Belgien) und Subich (Italien) angehören. Aufgabe dieses Ausschusses wird es sein, zu prüfen, ob und inwieweit überhaupt eine Annäherung der beiderseitigen Auffassungen möglich ist. Die Amerikaner sind absichtlich draussen geblieben, um so besser vermitteln zu können. Jedenfalls sind nach der Meinung des Pariser Korrespondenten der „Financial News“ die Besprechungen in ein kritisches Stadium eingetreten. Es würden allerdings große Anstrengungen gemacht werden, um eine Stöckung oder einen Abbruch der Verhandlungen zu verhindern.

Wir können an dieser bedauerlichen Entwicklung der Dinge nichts ändern, so sehr wir bestrebt sind, ein befriedigendes Resultat der Beratungen zu ermöglichen. Die deutschen Wirtschaftssachverständigen würden gerade-

zu leichtfertig handeln, wenn sie die Leistungsfähigkeit Deutschlands nicht so schildern würden, wie sie in Wahrheit ist, und wenn sie nicht immer wieder die Gegenseite darauf hindeuten würden, daß man nur aus einem wirtschaftlich prosperierenden Deutschland, d. h. aus einem Deutschland mit erheblicher aktiver Handelsbilanz, die hohen Reparationssummen herauspressen könne. Die Alternative ist einfach genug: entweder treffen die Gläubigerstaaten selbst die Maßnahmen, die notwendig sind, damit wir unseren Export in der gebotenen Weise erhöhen können, und wir zahlen dann von dem Überschuß die riesigen Annuitäten, oder man reduziert die Annuitäten auf eine Ziffer, die mit einer schlechten wirtschaftlichen Lage Deutschlands in Einklang zu bringen ist!

### Aus dem Reichstag

Der Reichstag für Rentnerfürsorge, für Kürzung der Pensionen über 12 000 M und für eine Inflationsgewinnsteuer

Die Aussprache über die Kleinrentnerfürsorge fand am Dienstag im Reichstag ihren Abschluß. Der Parteistreit, mit dem sie am Montag begonnen hatte, steigerte sich noch an Heftigkeit und am Schluß gab es sehr stürmische Auseinandersetzungen zwischen den Rednern der verschiedenen Parteien, die durch den lärmenden Widerspruch der jeweiligen Gegner des Reichstags unterbrochen wurden.

Interessant war jedenfalls das Ergebnis der Abstimmungen, denn der Reichstag hat zum Thema „Rentnerfürsorge“ so ganz nebenbei ein Rentnerfürsorgegesetz und eine Inflationsgewinnsteuer mit großer Mehrheit beschlossen. Er verlangt wenigstens die Einbringung solcher Vorlagen in den heute angenommenen Entschlüssen. Der sozialdemokratische Antrag auf Erhebung einer Inflationsgewinnsteuer war schon am Montag gestellt worden als Zusatz zu der vollenparteilichen Entschlüsse, die von der Regierung verlangt, daß den Rentnern ein Rechtsanspruch auf Versorgung unter Herausnahme aus der Fürsorge gegeben werde. Für diesen Antrag wurden im Himmelsprung 181, dagegen 141 Stimmen abgegeben. Die Volkspartei stimmte ebenso wie die Deutschnationalen, die Demokraten und die Wirtschaftspartei dagegen. Nachdem nun einmal durch die Annahme der Inflationsgewinnsteuer ein Weg zur Deduktion gewiesen war, stimmten auch diejenigen Parteien für die vollenparteiliche Entschlüsse, die sich ursprünglich dagegen ausgesprochen hatten. Mit großer Mehrheit wurde diese Entschlüsse angenommen.

Die Wirtschaftspartei hatte erst am Dienstag eine Entschlüsse eingebracht, in der die Regierung aufgefordert wird, als Höchstbetrag für Pensionen 12 000 M auszuweisen zu lassen und den überschüssigen Betrag zugunsten der Kleinrentner zu verwenden. Gegen diese Entschlüsse stimmten nur die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei. Wenn also die Regierung der in dieser Entschlüsse enthaltenen Anforderung folgt, und wenn dann für eine entsprechende Vorlage dieselben Parteien stimmen, die am Dienstag der Entschlüsse zugestimmt haben, so wäre die für ein Rentnerfürsorgegesetz notwendige Zweidrittelmehrheit erreicht.

Die deutschnationalen Entschlüsse wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Dafür stimmte auch die Deutsche Volkspartei. Nach Ablehnung eines kommunistischen Änderungsantrages wurde endlich die Ausschüßentwurfentwürfe, die eine gesetzliche Verbesserung der Rentnerfürsorge verlangt, gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen.

Ohne Debatte wurde dann in dritter Beratung die Verlängerung des Reichsbudgets bis zum 31. Juli d. J. beschlossen.

Am heutigen Mittwoch, 15 Uhr, wird der Reichstag eine Regierungserklärung über die Betriebsicherheit der Reichsbahn entgegennehmen.

### Verstärkte Geschäftsordnungsmaßnahmen

Aber die Sitzung des Reichstages am Dienstag wird noch mitgeteilt: Bei den vom Präsidenten getroffenen verstärkten Geschäftsordnungsmaßnahmen handelt es sich in erster Linie um eine Verstärkung der uniformierten und nichtuniformierten Polizei. An den Geschäftsordnungsmaßnahmen wird das Erlernen der Disziplinarmassregeln gegen Abgeordnete herbeizuführen, so eine längere Entziehung der Diäten und der Fahrtkosten. Ferner ist an die Polizei ein Hinweis dahin gegeben worden, daß sie, wenn ein Zusammenwirken von Abgeordneten und störenden Tribünenbesuchern festgestellt wird, sich an die Immunität der Abgeordneten nicht scheuen, sondern die Abgeordneten wegen eines Vergehens auf frischer Tat sofort verhaften solle. Weiter soll für solche Fälle ein Verfahren wegen Hausfriedensbruch eingeleitet werden. Im übrigen erklärte der Reichstagspräsident, daß gegen jedes Schimpfwort und gegen jeden beschimpfenden Zuruf seitens des Präsidenten mit unmissverständlicher Schärfe vorgegangen werden wird.

### Badisches Landestheater

#### Operettengastspiel des Stadttheaters Freiburg

Wir haben der Karlsruher Theaterleitung dankbar dafür zu sein, daß sie uns den Genuß eines im allgemeinen recht erfreulichen Operettengastspiels schenkte. Und die Leitung des Stadttheaters in Freiburg dürfen wir dazu beglückwünschen, daß sie für dieses Gastspiel eine der besten und melodischsten Operetten, „Die Herzogin von Chicago“ von Emmerich Kalman, wählte. Kalman hat sich auch in diesem Werk wieder als der geschickte und erfindungsreiche Operettenkomponist bewährt. Sehr hübsch ist seine Idee, in dieser Operette gewissermaßen ein Turnier zwischen Jazz und Gardas bzw. Walzer stattfinden zu lassen. Da das ganze Werk wird durch diesen ins Soziologische erweiterten Gegenstand beherrscht. Und das alles geschieht — abgesehen von den üblichen Operettenalbernheiten — in recht amüsanten Weise.

Die Freiburger führen die Operette im Stil eines Ausstattungsstückes auf. Und das ist nur zu loben. So wird dem Auge ebensoviele geboten wie dem Ohr. Ganz besondere Anerkennung verdienen die mit vollendeter Bravour exekutierten Tanzszenen der Operette, mochten an ihnen nun zwei Partner oder das ganze Ballett beteiligt sein. Das Freiburger Ballett schneit überhaupt sehr gut ab. Es imponierte durch die Exaktheit seiner Vorführung.

Von den einzelnen Mitwirkenden seien genannt: Fräulein Liebermann als Herzogin von Chicago. Wir müssen gestehen, daß wir uns diese Milliardärstochter in unserer Phantasie etwas anders vorgestellt haben. Aber Fräulein Liebermann erweist das, was ihr eigentlich fehlt, durch raffiges Spiel, durch eine Tanzkunst, die von der unbedingten Würde Training zeugt, und durch eine trefflich geschulte Stimme. Ihr Gegenpart, der Operettentenor Herr Dunfel, war ein sehr sympathischer Erbringer, hielt sich aber stimmlich bisweilen sehr zurück. Vielleicht war er nicht ganz disponiert. Ein reizvolles Erlebnis für die Karlsruher war die Bekanntschaft

### Die französische Regierung beinahe gestürzt

#### Die Politik Poincarés

In der Dienstagmorgen Sitzung der französischen Kammer hat der radikale Abgeordnete Marié seinen Antrag auf Wiedererrichtung der 1926 durch Dekret beseitigten Gerichte begründet und zwar unter Hinweis darauf, daß die von dieser Maßnahme erwarteten Ersparnisse ungenügend seien, um die tatsächlichen Nachteile, die die Neuaufteilung der Gerichtsbezirke mit sich brachte, aufzuwiegen. Justizminister Barthou verteidigte den Regierungsantrag von dem er nicht abzuweichen wollte und lehnte den Antrag Marié als ungenügend ab mit der Begründung, daß es materiell unmöglich sei, dem Antrage entsprechend bis 1. Oktober 1929 die aufgehobenen Gerichte wieder einzusetzen. Die Abstimmung über den Antrag Marié, gegen den die Regierung die Vertrauensfrage stellte, endete mit seiner Ablehnung mit 291 gegen 285 Stimmen.

Nach Verkündung des Abstimmungsergebnisses wurde auf Seiten der sozialistischen Abgeordneten der Ruf laut: „Demission, Demission!“ In den Wandelgängen der Kammer erklärte Justizminister Barthou, daß die Regierung trotz der Abstimmung, in der sie nur eine Mehrheit von sechs Stimmen erlangt hat, am Donnerstag die Debatte fortsetzen werde.

Wie die „Frankf. P.“ schreibt, ist die Zuspitzung der Situation auf die Politik Poincarés zurückzuführen, der wieder einmal mit dem Gedanken spielt, sich stützen zu lassen, um dann ohne Vertreter der Reichsparteien ein neues Kabinett zu bilden, das seinem Ideal der Zusammenarbeit mit den Radikalsocialisten entspricht. Die Gerichtsreform, die im wesentlichen eine Abschaffung kleiner Gerichtsstände war, ist 1926 auf dem Verordnungswege durchgeführt worden, weil die Regierung sparen wollte. Sie erregte einen erbitterten Widerstand in allen kleinen Städten Frankreichs, da viele von ihnen ihrer Gerichtsbehörden beraubt wurden, Fragen, die einem großen Teil ihrer Wählerschaft mehr am Herzen liegen, als die politischen Grundprinzipien, besonders seitdem Frankreich zur Kreiswahl zurückgekehrt ist.

Poincaré bestand darauf, daß der Justizminister sich aufs äußerste an sein Reformwerk klammere und die Verantwortung der gesamten Regierung dafür in die Waagschale werfe. Er sah plötzlich eine ausgezeichnete Gelegenheit vor sich, seine alte Taktik anzuwenden, und sich unter solchen Umständen stützen zu lassen, die es ihm ermöglichen, unverzüglich ein neues Kabinett auf anderer Grundlage zu bilden. Aber die Justizreform gestürzt zu sein, ist keineswegs gleichbedeutend mit dem Scheitern eines politischen Prinzips, sondern mehr ein Zufall, der den betroffenen Regierungschef in keiner Weise kompromittiert und festlegt. Poincaré wird des Versuches nicht müde, jener rechtsgerichteten Mehrheit zu entrinnen, die sein augenblickliches Kabinett am Leben hält. Er hat auf Schritt und Tritt feststellen können, daß seine Zusammenarbeit mit der offenen Reaktion kein Ansehen untergraben hat.

Er wollte gleichzeitig einen jener Minister auf den verlorenen Posten in der Kammer schieben, die für die Linke besonders anfällig sind, nämlich Herrn Barthou. Gleichzeitig kam ihm eine Erklärung sehr gelegen, um nicht seinem Minister in der Kammer beizutreten zu müssen.

### Am 4. März Staatsdebatte im Reichstag

Einer Meldung der „Germania“ zufolge ist damit zu rechnen, daß der Reichshaushalt vom Reichsrat am 28. Februar verabschiedet wird. Er soll am 4. März vor den Reichstag kommen. Mit seiner Verabschiedung bis Beginn des neuen Etatsjahres ist demnach nicht mehr zu rechnen. Daraus ergeben sich auch Weiterungen für den Nachtragsetat. Da dieser eine Verkopplung der Mehrausgaben des laufenden Jahres mit Personalausgaben des kommenden Etatsjahres enthält, so müssen die Posten für das laufende Jahr herausgenommen und mit verabschiedet werden. Alles andere ist erst mit dem neuen Etat zu verbinden.

Ferner ist eine Ermächtigung der Reichsregierung zur Weiterführung der Reichsgeschäfte in Form eines Notgesetzes erforderlich. Dieser Nothaushalt wird dem Reichstag Mitte März zugehen, so daß er unmittelbar nach dem sozialdemokratischen Parteitag, also etwa vom 20. März an, vom Parlament beraten werden kann.

Wird der Papst nach Speyer kommen? Der Dombauverein Speyer bemüht sich darum, daß die im Jahre 1930 zur Durchführung kommende Domfeier durch den Besuch des Papstes zu einem besonderen Ereignis wird. Man nimmt an, daß dieser Besuch nach dem Vertragsabschluß zwischen Italien und dem Vatikan zur Wirklichkeit werden wird, da an der Domfeier voraussichtlich eine größere Anzahl Kirchenfürsten teilnehmen werden.

Im ganzen Kreis Saarlois, auf den sich bereits die neu-erwachte Begehrlichkeit der französischen Annetionsbestrebungen richtet, fanden am Samstag und Sonntag machtvolle Kundgebungen gegen die Alleinshuld Deutschlands am Weltkrieg statt.

mit Fräulein Maria Eisner, welche die Rolle der Prinzessin Rose Marie zu verkörpern hatte und ihrer Aufgabe mit einem Eifer und einer natürlichen Frische gerecht wurde, die das gesamte Publikum entzückte. Eine sehr beachtliche Kraft ist der Tenor-Buffo, Herr Himmigshoffen, der nicht nur sehr komisch zu wirken versteht, sondern auch hervorragend gut sang. Erwähnung verdienen weiter: Herr Orth als König Pantagruel — er zeichnete sich als Regisseur der Aufführung aus, Herr van Buren als Milliardär Lloyd, Herr Kallenberger als Finanzminister und Herr Martin als Staatsminister. — Der Besuch der Operette, die heute zum zweitenmal gastiert, kann wärmstens empfohlen werden. — end.

### Professor D. Albert Schweizer in Karlsruhe

Die evangelische Stadtkirche in Karlsruhe hat wohl nur ganz selten solche Massen sich zuströmen gesehen, wie am letzten Samstagabend, da der Arzt von Lambarene, Albert Schweizer, von seiner Arbeit erzählen wollte, und am Sonntagabend, da er sich an das Orgelpult setzte. Ganz schlicht, aber gerade deshalb so ungemein eindrucksvoll, waren seine mündlichen Mitteilungen aus Lambarene, zu denen Wiber auf der weißen Wand erschienen. Ein musikalischer Hochgenuss und eine Erbauung waren die Choralvorspiele, die der große Bach-Kenner in seinem strengen Bach-Stil erklingen ließ. Einzigtartig kam das „Gebet für Orgel“ von César Franck, mit dem er das Kassionskonzert ausklingen ließ. Leider war der Direktor des Konservatoriums, Franz Philipp, erkrankt, so daß er nicht seine D. Schweizer gewidmeten Choralvorspiele auf der Orgel vortragen konnte. Meisterhaft sang der Badische Kammerchor die Choräle ohne Orgelbegleitung.

Badisches Landestheater. Um die Vorstellung am Donnerstag, den 21. Februar, „Nathan der Weise“ zu ermöglichen, hat Herr Direktor Hans Blum die Rolle des „Nathan“ und Frau Hietl die Rolle der „Recha“ übernommen.

### Eine Sparverordnung für die Reichsbehörden

Um die sparsame Ausführung des Reichshaushalts sicherzustellen, hat die Reichsregierung, wie der „Dem. Zeitungsdienst“ mitteilt, in Ergänzung der Reichshaushaltsordnung „Wirtschaftsbestimmungen für die Reichsbehörden geschaffen“, die vom 1. April d. J. ab in Kraft treten werden.

Die Verordnung sieht in der Hauptsache vor, daß an alle größeren Reichsbehörden besondere Etatsreferenten geschaffen werden, die mit außergewöhnlichen Vollmachten für die sparsame Durchführung der Aufgaben des Amtes sorgen. Wichtig ist ferner die Bestimmung, daß in Zukunft Reichsbeteiligungen an bestehenden Unternehmen oder Neugründungen der Zustimmung des Finanzministers bedürfen. Vorschläge in Höhe von 10 000 M und darüber dürfen nur mit Erlaubnis des Reichsfinanzministers erteilt werden. Bürgschaftsverträge und Verträge ähnlicher Art dürfen nur auf Grund eines Reichsgesetzes abgeschlossen werden. Der Abschluß eines Vertrages, durch den eine Bürgschaft, Gewähr oder dergleichen übernommen wird, bedarf der vorherigen Zustimmung des Reichsfinanzministers.

### Die Braunkohlenverladung

In zahlreichen Zeitungen wurde dieser Tage eine Auslassung der „Deutschen Bergwerkszeitung“ wiedergegeben unter der Überschrift „Kälte, Witte und — keine Arbeiter!“ Dazu wird von dem Organ der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche“, mitgeteilt, daß die Verladungen über Arbeitsmangel in den Braunkohlenebenen völlig ungerechtfertigt sind. Von fast allen Werken wurde berichtet, daß Arbeiter in genügender Zahl vorhanden seien und daß, wo Arbeiter angefordert worden sind, diese auch gestellt werden konnten. Stellenweise haben sich allerdings Arbeiter, die sonst in den heißen Wittefabriken beschäftigt werden, geweigert, bei einer Temperatur von 20 Grad unter Null draußen bei der Verladung zu helfen. Kein ernsthafter Mensch kann von diesen Arbeitern verlangen, daß sie durch einen derartigen Temperaturwechsel Gesundheit und Leben auf das ernsthafteste gefährden.

### Welche Werte stecken in den Gemeindebetrieben?

Nach einer Schätzung von Dr. Otto Rost ist in sämtlichen Gemeindebetrieben in Deutschland eine Summe von 8 bis 10 Milliarden Reichsmark investiert. In diesen Betrieben sind nicht weniger als 300 000 bis 400 000 Beamte, Angestellte und Arbeiter tätig. Vielleicht ist diese Schätzung etwas zu hoch gegriffen. Die genannten Zahlen zeigen aber, welche Bedeutung die Gemeindebetriebe heute schon innerhalb der deutschen Gesamtwirtschaft besitzen. Das deutsche Volkswirtschaftswesen wird demnach auf 200 bis 250 Milliarden Reichsmark veranschlagt, und wenn die obige Schätzung richtig wäre, so würden in den Gemeindebetrieben bereits 4 bis 5 Prozent des deutschen Volkswirtschaftswesens investiert sein. Was man grundsätzlich zu den öffentlichen Betrieben sehen wie man will, so wird man doch anerkennen müssen, daß die Gemeindebetriebe nun einmal vorhanden sind und teilweise wenigstens auch notwendig sind. Die Aufgabe der Gemeinde kann nur die sein, dafür zu sorgen, daß die Gemeindebetriebe keinesfalls schlechter wirtschaften als Privatunternehmen.

Die Form, in der die Gemeindebetriebe geführt werden, ist im Grunde Nebensache. Die Hauptsache ist, daß sie möglichst rationell arbeiten. Dazu ist aber in erster Linie notwendig, daß alle Gemeindebetriebe von politischen und namentlich von parteipolitischen Bestrebungen ferngehalten werden und nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten arbeiten. Nur unter dieser Voraussetzung haben Gemeindebetriebe überhaupt eine volkswirtschaftliche Erstgenberechtigung.

### Die Wetterlage in Europa

#### Neue Verschärfung des Frostes

W.D. Berlin, 20. Febr. (Tel.) Über die Wetterlage in Deutschland und den Nachbarländern wird berichtet: Das Ansteigen des Luftdrucks über ganz Nord- und Mitteleuropa hat in Deutschland fortschreitende Aufhellung und neue Verschärfung der Kälte hervorgerufen. Die tiefsten Temperaturen wurden heute früh in der Umgebung von Stettin mit 22 und bei Hannover mit 20 Grad unter Null beobachtet, in Stettin nachts sogar mit 25 Grad Kälte. Berlin hatte heute früh 15 Grad und außerhalb der Stadt 17 Grad. Eine kleine Milderung des Frostes, die aber nur vorübergehender Natur zu sein scheint, ist aus Ostpreußen zu melden. Dort hat der Wind mehr auf Nord gedreht, und der Seewind hat eine niedrige Wellendecke erzeugt, die mit einer leichten Milderung verbunden war. Königsberg hatte gestern Abend 20 Grad. Dies wird aber nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Im ganzen ist die Wetterlage außerordentlich bedäufend, es ist auch für morgen mit heiterem Wetter, östlichen Winden und weiterer Verschärfung der Kälte zu rechnen.

Auf dem ganzen übrigen europäischen Festland ist keine besondere Veränderung eingetreten. In Südrussland beträgt die Durchschnittstemperatur minus 6 Grad, im mittleren Frankreich bis zu 18 Grad. Auch England hat größtenteils Temperaturen unter Null. In Nordeuropa ist die Wetterlage unverändert mit Minustemperaturen bis zu 31 Grad, ebenso in Rußland mit Temperaturen bis zu 35 Grad unter Null.

Infolge des schweren Frostes der letzten Wochen sind in Berlin durch Einfrieren der Kanalisation und der Wasserleitung schwere Schäden entstanden und zwar sind Mittermeldungen zufolge von den insgesamt 90 000 Häusern Berlins, die von den städtischen Wasserwerken beliefert werden, 3000 von der Wasserzufuhr abgeschnitten.

In ganz Westholland ist die Temperatur seit gestern fast gestiegen. In Amsterdam liegt die Temperatur bis auf 1 Grad über Null, so daß auf den Grachten im Hafengebiet sogar die Kleinbahn zum Teil wieder aufgenommen werden konnte.

Ganz Griechenland ist von einer neuen Kälteperiode heimgegriffen worden. An der griechisch-türkischen Grenze ist der Verkehr durch Überschwemmungen völlig unterbrochen. In der Krim wütete am Dienstag ein schwerer Schneesturm. Der Schnee liegt an manchen Stellen fünf Meter hoch. Die Kälteperiode hat — wie aus Kairo gemeldet wird — die libysche Wüste bei der Oase Siwa erreicht. Dort bedeckte sich nach einem Regen die Oberfläche der Wüste mit Eis. In Kairo selbst scheint prächtige Sonne.

In Solingen erfolgte in der Unteren Hauptstraße eine schwere Explosion der Gasferuleitung. Bereits gestern Abend hatten die dortigen Einwohner Gasgeruch bemerkt. Vier Passanten wurden verletzt, davon einer schwer. In einer Straßengasse von etwa 120 Meter Länge sind sämtliche Spiegelgehäusen und Fensterscheiben im Erdgeschoß der Häuser zertrümmert.

Bei der Einfahrt in den Remptener Güterbahnhof (Allgäu) fuhr ein Güterzug auf eine Wagenpartie auf. Der Lokomotivführer erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß er kurz darauf starb. Ein Hilfsarbeiter wurde schwer verletzt.

In Werkes (Möbn) explodierten beim Träumen von Patronen in einem Bergwerk einige Patronen, die ungefähr 100 Liter flüssige Luft enthielten. Zwei mit der Zubereitung der Patronen beschäftigte Arbeiter wurden in Stücke gerissen.

### Poincaré an Grippe erkrankt

Paris, 20. Febr. (Tel.) Ministerpräsident Poincaré, der noch gestern dem Ministerrat und der Kammerdebatte über die Justizreform beiwohnen konnte, mußte sich, als er nach Hause zurückgekehrt war, wegen eines leichten Grippeanfalls niederlegen. Sein Befinden nötigt ihn zu einiger Ruhe.

### Kurze Nachrichten

Der Parteiausschuß der Sozialdemokratie ist auf Beschluß des Parteivorstandes telegraphisch zum kommenden Freitag nach Berlin einberufen worden.

Trochis Antrag in Berlin eingelaufen. Heute, Mittwoch, vormittag, ist der „B. Z.“ zufolge beim Auswärtigen Amt zu Berlin die Mitteilung des deutschen Konsulats in Konstantinopel eingelaufen, daß Trochis tatsächlich dort den Antrag auf Einreise- und Aufenthaltserlaubnis in Deutschland gestellt hat.

Zum Fall Dr. Frieders. Die Dienststrafkammer des Landgerichts Weimar nahm von der Entlassung des Oberstaatsanwalts Dr. Frieders aus dem Staatsdienst Kenntnis und stellte das Dienstverfahren gegen ihn ein.

Im sächsischen Landtag wurde am Dienstag der kommunistische und sozialdemokratische Antrag auf Ungültigkeitserklärung der letzten Landtagswahl und auf Auflösung des Landtags mit 49 gegen 41 Stimmen abgelehnt.

Die Notlage Ostpreußens. Reichsernährungsminister Dietrich, Baden, hat eine Denkschrift über die Lage der Landwirtschaft in Ostpreußen und über Hilfsmassnahmen fertiggestellt und dem Reichsstaatsrat zugewandt.

Spaniens Beitritt zum Kelloggpaakt. In einem unter dem Vorsitz des Königs abgehaltenen spanischen Ministerrat wurde das Dekret über den Beitritt Spaniens zum Kelloggpaakt unterzeichnet.

### Panik in der New Yorker Untergrundbahn

Ein Brand im Subfontunnel

New York, 20. Febr. (Tel.) Auf der Untergrundbahnstrecke nach Hoboken geriet gestern zur Zeit des großen Abendverkehrs ein vollbesetzter Untergrundbahnzug unter dem Subfontunnel in Brand. Die plötzlich ausströmenden Flammen und der schnell zunehmende dicke Rauch und Qualm verursachten eine außerordentliche Panik unter den Fahrgästen, bei der mehrere Lebensgefährlich und über 50 leichter verletzt wurden. Außerdem erkrankten über 100 Personen an Rauchvergiftung.

Die Fahrgäste drängten in wilder Flucht in die hinteren Wagen, wo sie von den ahnungslosen Insassen zunächst heftig abgewehrt wurden. Es kam zu Kämpfen, bei denen auch Personen verletzt wurden. Mit großer Mühe gelang es, die Passagiere zu Fuß durch den Tunnel nach New York zurückzuführen, was fast zwei Stunden beanspruchte. Viele brachen zusammen, als sie die frische Luft erreichten.

Nach weiteren Nachrichten sind keine Menschen ums Leben gekommen. Die Rettung der Passagiere glückte dank der vorzüglichen Organisation der erforderlichen Hilfsmassnahmen. Ambulanzen, Feuerwehr und Polizei waren sofort zur Stelle. Wenn die Herausführung der Insassen des in Brand geratenen Zuges dennoch über 2 Stunden dauerte, so lag das an der Entfernung von der nächsten Station und an der Tatsache, daß die meisten so verwirrt waren, daß sie die Anordnungen ihrer Retter teils teilnahmslos aufnahmen, teils ihnen sogar Widerstand entgegensetzten.

Im ganzen sind 10 Personen schwer verletzt worden. Nach unaufgeklärter ist, durch was der Zug in Brand geraten ist. Die Polizei ist geneigt, einen Kurzschluss als Ursache anzusehen, während die Passagiere behaupten, daß der Zug in eine große brennende Mäcke hineingefahren sei.

### Eine neue Fahrt des „Graf Zeppelin“

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute morgen 10.55 Uhr unter Führung des Kapitäns Fleming zu seiner letzten Versuchsfahrt mit den Ingenieuren der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt aufgestiegen. Die Fahrt wird voraussichtlich 4 Stunden dauern. Auf dieser Fahrt feiert der Steuermann Marx seinen 50. Geburtstag; Marx ist seit mehr als 25 Jahren beim Luftschiffbau Zeppelin und war seinerzeit in persönlichen Luftfahrttechnischen Diensten des alten Grafen. — Unterwegs wurde ihm eine goldene Uhrschale überreicht.

Dr. Edener befindet sich heute in Berlin, um mit dem Auswärtigen Amt und den in Frage kommenden Reichsbehörden nochmals zu verhandeln. Der Luftschiffbau Zeppelin legt Wert auf die Feststellung, daß er seinerzeit bisher auf die Durchführung der Ägypten-Kalifornien-Fahrt nicht verzichtet habe, um so mehr, als Mitteilungen aus London berichten, daß der Flug über Ägypten ausschließlich Sache der ägyptischen Regierung sei.

### Ein neuer Ozeanflug „Maurice“ geplant

Berlin, 20. Febr. (Tel.) Der irische Oberst Maurice, der aus dem Militärdienst ausgeschieden ist, um sich ganz der Zivilluftfahrt zu widmen, beabsichtigt, wie die „B. Z.“ am Montag meldet, einen neuen Flug über den Atlantischen Ozean in der Richtung von Osten nach Westen, zu dem er im Juni von Deutschland aus starten will. Er beabsichtigt dabei, die bei dem Flug des amerikanischen Flugzeuges „Question Mark“ gemachten Erfahrungen zu verwerten und das Ozeanflugzeug in der Nähe von Irland und evtl. noch bei Neufundland von einem anderen Flugzeug aus in der Luft mit Brennstoff versorgen zu lassen.

### Erdbeben in Spanien

Paris, 20. Febr. (Tel.) Nach einer vom „Journal“ wiedergegebenen Meldung aus Madrid wurde in der Nacht zum 19. Februar in San Sebastian und in der Provinz Logrono ein äußerst heftiges Erdbeben verspürt. In mehreren Orten verließen die erschreckten Bewohner ihre Häuser und flüchteten ins Freie. Der Kirchsturm der Kirche von Arnedo stürzte ein. Von den benachbarten Bergen wurden gewaltige Felsmassen durch den Erdstoß ins Tal geschleudert.

In dem Rühmannschen Geschäftshaus in der Artilleriestraße zu Hannover brach in der Nacht im dritten Stock Feuer aus, das das gesamte Warenlager der Firma Karl Büchting & Co., A.-G., völlig vernichtete.

Eine 15jährige Schülerin in Rathenow (Brandenburg) hat sich einen Schuß beigebracht, der den Tod herbeiführte. Die Mutter hatte dem Mädchen die Erlaubnis zur Beteiligung an einem Tanzergnügen nicht gegeben!

In einem Berliner Wassergesalon verstarb eine unbekannte Frau. Der Inhaber namens Rawewsky wurde festgenommen, da der Verdacht besteht, daß die Frau an den Folgen eines unerlaubten Eingriffes gestorben ist.

Der neue Landstrafenzug Schliengen-Basel ist zwischen Eimeldingen und Weimlingen nunmehr im Projekt fertiggestellt. Die Linie wurde durch Pfähle markiert. Unterhalb von Eimeldingen im Gebann Seeboden zweigt das neue Teilstück von der ehemaligen alten Landstraße ab und führt direkt nach Efringen. Man hofft, daß mit der Ausführung des Projekts bald begonnen wird.

## Badischer Teil

### Der Winter in Baden

Hochwassererfordernisse und Polizei

Bei Eintritt von Tauwetter muß auch in Baden mit Überschwemmungen und Hochwassererfordernissen gerechnet werden. Für die badischen Binnenflüsse können, worauf in der Presse schon hingewiesen wurde, die Gefahren bei einem Witterungsumschlag besonders groß werden. Der Minister des Innern hat daher angeordnet, daß die badische Polizei, die auch bei Wasserfällen helfen eingreifen muß, sofort in Verbindung mit den Rheinbau- und Wasser- und Straßenbauämtern alle notwendigen Vorbereitungen zur Bekämpfung der drohenden Hochwassererfordernisse zu treffen hat.

### Sprengungen des Rheineises

D. Mannheim, 20. Febr. (Tel.) Heute morgen wurden auf dem Rhein zwischen Mannheim und Ludwigshafen große Sprengungen durch Schupobeamte in Gegenwart des Polizeiobersten Manthenhorn (Karlsruhe) vorgenommen. Dies geschah, um einem großen Eisgang vorzubeugen und den Gefahren, die sich dabei ergeben dürften, Einhalt zu gebieten.

\*

D. Ludwigshafen a. Rh., 19. Febr. Gestern nachmittag brach am Oppauer Wehr unter gewaltigem Krachen die Eisbede des Rheines und trieb einige Kilometer ab. Der Rhein ist jetzt hier eisfrei. Dem Eingreifen einiger Sandhöfener Bürger ist es zu danken, daß die Menschen, die zu Duzenden auf dem Eise waren, gerettet wurden.

### Von den badischen Hochschulen

Das Amtsblatt des badischen Ministeriums des Kultus und Unterrichts veröffentlicht — wie schon bereits gemeldet — die Besucherzahlen der badischen Hochschulen.

Die Gesamtzahl der an der Universität Freiburg Studierenden beträgt: 3399, davon 642 Frauen, auf die katholisch-theologische Fakultät entfallen 249 Studierende, die rechts- und staatswissenschaftliche 892 (66 Frauen), medizinische 884 (164), philosophische 557 (200), naturwissenschaftlich-mathematische 583 (118). Dazu kommen noch 234 (94) Hörer.

Die Universität Heidelberg hat insgesamt 2886 Studierende, darunter 561 Frauen. Auf die evangelisch-theologische Fakultät entfallen 106 Studierende (4 Frauen), juristische 580 (36), medizinische 1652 (141), philosophische 855 (231), naturwissenschaftlich-mathematische 435 (69) und 258 Hörer (80).

Die Technische Hochschule in Karlsruhe zählt insgesamt 1523 (167) Besucher. In der Abteilung „Allgemeines“ sind 72 (13) Studenten, Architektur 171 (4), Bauingenieurwesen 190, Maschinenwesen 488, Elektrotechnik 271 (1), Chemie 104 (5). Dazu kommen noch 40 außerordentliche Studierende und 237 Hörer (140).

Das Verhältnis von Badenern und Nichtbadenern ist an den einzelnen Universitäten folgendes: In Freiburg studieren 948 Badener, 2094 andere Deutsche und 123 Ausländer. In Heidelberg studieren 1292 Badener, 1244 andere Deutsche und 132 Ausländer, und in Karlsruhe 731 Badener, 424 andere Deutsche und 131 Ausländer.

### Fortbildungskurs für Gemeindepolizeibeamte

Zur Zeit findet in der Gendarmerieschule Karlsruhe wiederum ein Fortbildungskurs für Gemeindepolizeibeamte statt, zu dem 16 Teilnehmer von größeren und kleineren Gemeinden des Landes entsandt worden sind. Der Kurs dauert 4 Wochen.

### Reichsfinanzminister a. D. Dr. Köhler

in Ettlingen

In einer stark besuchten Bezirksversammlung der Zentrumspartei Ettlingen sprach Reichsfinanzminister a. D. Dr. Köhler über die politische Lage im Reich. Das Zentrum siehe jetzt in verantwortungsbewusster sachlicher Opposition. Man solle doch endlich einmal an die verabschiedete Wahlrechtsreform herangehen. Die finanzielle Situation sei außerordentlich schwierig. Ob man sich im Parlament auf die geplanten neuen 380 Millionen Steuern einigen werde, erscheine ihm sehr zweifelhaft. Die Abprozentige Erhöhung der Vermögenssteuer für 1929 könne unter keinen Umständen auf die kleineren und mittleren Vermögen der Landwirte und Gewerbetreibenden angewandt werden. Dasselbe gelte für die Einführung des Gattenerbes bei der Erbschaftsteuer. Einer Erhöhung der Umsatzsteuer könne er nicht zustimmen. Große Sorge mache ihm das Verhältnis zwischen Reich und Ländern. Der jetzige Zustand, der statt Verständigung auf allen Gebieten nur Streit zeige, sei auf die Dauer unerträglich. Das Verhalten der Reichsregierung in dieser Angelegenheit sei in weitem Umfange unverständlich. Die Ablehnung der badischen Vertretung im Verwaltungsrat der Reichsbahn habe in Baden außerordentlich verstimmt. Die süddeutschen Länder müßten dafür sorgen, daß ihre Interessen in Berlin besser beachtet würden. Dazu erscheine ihm dringend erforderlich, daß die Politik in Süddeutschland mehr als bisher nach einheitlichen Gesichtspunkten betrieben werde. Die Neugliederung des Reiches sei ein Problem, das auf den Nägeln brenne. Die alsbaldige Reform der öffentlichen Verwaltung müsse immer wieder gefordert werden.

### Tagungen

Die technisch-wissenschaftliche Tagung in Mannheim. Die „Vereinigung der Großstetellbesitzer“ und die Hochdruckkommission der „Vereinigung der Elektrizitätswerte Deutschlands“ werden in den Tagen vom 21. bis 23. Februar eine Tagung in Mannheim abhalten. Die „Vereinigung der Großstetellbesitzer“ ist eine technisch-wissenschaftliche Vereinigung, die Fragen des Stetellbetriebs und der Stetellherstellung bearbeitet und sich über die ganze Industrie verbreitet, während die Hochdruckkommission der Vereinigung der Elektrizitätswerte besonders Hochdruckfragen im Zusammenhang mit der öffentlichen Elektrizitätsversorgung behandelt.

### Aus den Parteien

Im Wahlkreis III, Donauschlingen-Engen, hat die Zentrumspartei dem bisherigen Landtagsabgeordneten, Bürgermeister und Landwirt Kramer, Badheim, als Spitzenkandidaten aufgestellt. An zweiter Stelle steht Bürgermeister und Landwirt Nisch, Heuhausen.

D. Schluchsee, 19. Febr. Der Schluchsee hat eine über 50 Zentimeter dicke Eisschicht, so daß die Holzfuhrwerke ihn überqueren konnten.

D. Neustadt a. O., 20. Febr. Wie wir erfahren, hat die große Kälte unter den ausländischen Pflanzen der Pfalz großen Schaden angerichtet. Besonders haben eine große Zahl der Mandelbäume und auch die sonst nur im Klima südlicher Länder gedeihenden und in der Pfalz seltenen Pflanzen gelitten. Bei der Blüte w... der Schaden erst in vollem Umfange ermessen lassen.

### Gemeinderundschau

Die Einwohnerzahl Mannheims. Mannheim hat nach der fortgeschriebenen Einwohnerzahl vom 1. Januar d. J. 254 600 Einwohner.

Bürgermeisterwahlen. In Ruffsum (Amt Bretten) machten am Sonntag von den 359 Wahlberechtigten 300 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Davon erhielten der sozialdemokratische Kandidat Bischoff 154 Stimmen, sein Gegenkandidat Sulzer 134 Stimmen, 12 Stimmen waren ungültig. — Der Termin für den dritten Wahlgang der Bürgermeisterwahl in Bönndorf ist auf Sonntag, 3. März, anberaumt worden. — Zum Bürgermeister von St. Peter wurde mit 391 Stimmen Theodor Maier, Rohrbauer, gewählt. Der bisherige Bürgermeister Blattmann, der sich nicht wieder aufstellen lassen wollte, erhielt 84 Stimmen, 10 waren ungültig. — Bürgermeister Gäh in Kamborn tritt krankheitshalber zum 1. April von seinem Posten zurück. Die Gemeinde hat bereits den Posten ausgeschrieben.

Der Bezirksausschuß des Wohnungsverbands Pfalzheim-Land besaßte sich in seiner Sitzung vom 11. Februar mit dem Entwurf des Voranschlags für das Jahr 1929. Zur Bewilligung von Baudarlehen sind darin 250 000 Reichsmark vorgesehen. Die Höhe der Baudarlehen soll nach neuerlicher Festsetzung des Bezirksausschusses betragen: 2000 G.M. für Einfamilienhäuser, 2500 G.M. für Zweifamilienhäuser, 1500 G.M. für den Einbau von Wohnungen im Dachstuhl und für nach Brand wiederaufgebaute Häuser, in welchen mehr Wohnungen vorgesehen sind, als vor dem Brand vorhanden waren. Für Drei- und Mehrfamilienhäuser wird die Höhe des Darlehens im Einzelfalle festgesetzt werden. Anschließend wurden dann Baudarlehen im Gesamtbetrag von 97 500 G.M. bewilligt. Davon waren 12 500 G.M. zur Erhöhung von im Jahre 1928 bewilligten Baudarlehen erforderlich, 85 000 G.M. wurden an neuen Baudarlehen vergeben. Mit letzteren sind 21 Zwei-, 29 Drei-, 4 Vier- und 5 Fünffamilienwohnungen bezuschußt worden.

Der Bürgerausschuß Malisch (Amt Ettlingen) genehmigte den Rechenschaftsbericht der Sparkasse. Dabei wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die beabsichtigte Aufwertung von 18 Proz. bald vorgenommen würde. Für die Wasserleitung und zum Zwecke von Wohnungsbauten wurden 100 000 M. aufgenommen, die in 31 Jahresraten zu amortisieren sind. Bezüglich der Gaswerkfrage war beantragt, einen Retortenofen mit 8000 Reichsmark Aufwand zu beschaffen, wenn sich Malisch nicht der Gasfernversorgung anschließen. Die Mehrzahl der Bürgerausschußmitglieder war für eine Reparatur des bestehenden Gaswerks und genehmigte die in Frage kommenden 8000 M. Die Erstellung einer Leichenhalle bei einem Aufwand von 40 000 Reichsmark wurde aufgeschoben.

Der Bürgerausschuß Buggingen genehmigte 70 000 Reichsmark zur Errichtung eines neuen Pumpwerks für die Wasserversorgung. Er stimmte weiterhin dem Gemeindevoranschlag 1928/29 zu.

Der Gemeinderat Freilicht hat beschlossen, die Nachzinsen für die Gemeindegüter um ein Viertel, die der Graslose auf den Rheininseln um die Hälfte herabzusetzen. Gegenwärtig finden Verhandlungen statt zwischen der Domänenverwaltung und den Gemeinden Freilicht und Helmlingen, die auf Eingemeindung der ärarischen Gemarkung Gayling in die beiden Gemeinden hinauslaufen. Der beabsichtigte Gründung einer Bezirkspartei steht der Gemeinderat sympathisch gegenüber.

Aus dem Konstanzer Stadtrat. Zum Betrieb des Stadttheaters wird ein Zuschuß von 30 000 Reichsmark bewilligt und außerdem ein einmaliger Zuschuß von 10 000 M. zur Deckung von Fehlbeträgen der verflorenen Jahre. Die Stromspannungsverhältnisse im Gebiet westlich der Braunegger- und Schützenstraße sind im Laufe der letzten Jahre erheblich schlechter geworden. Zur Verbesserung des Mißstandes wird die Errichtung einer Gleichrichteranlage im Paradies nebst den erforderlichen Nebenarbeiten mit einem Aufwand von 160 000 Reichsmark genehmigt. Am 7. Februar waren in Konstanz 577 männliche und 70 weibliche, zusammen 647 Arbeitslose vorhanden, gegen 506 in der Vorwoche. Bei Notstandsarbeiten waren 101 Mann beschäftigt.

### Aus der Landeshaupstadt

Nachlassen der Kälte. Bei leichter Bewölkung ist seit gestern mittag ein starkes Nachlassen der Kälte zu verzeichnen. Die Temperatur hat sich seit gestern nachmittag, während der Nacht hindurch bis heute früh um durchschnittlich —4 bis 5 Grad gehalten.

Todesfall. Im Alter von 71 Jahren starb nach längerer Krankheit Oberbürgermeister a. D. Walther Schwarzwald. Der Verstorbene stammte aus Achern und war zuletzt Kollegialmitglied der Generaldirektion der badischen Staatsbahnen. Vorher war er als Bauingenieur besonders im badischen Oberland tätig, so in Lörrach, Waldshut, Offenburg und Freiburg.

Festkommers. Die zum A.S.-Waffenring vereinigten Alt-Gerren-Vereine der zum Allgemeinen Deutschen Waffenring (A.D.W.) gehörigen Korporationen veranstalten unter Beteiligung der aktiven Waffenstudenten der vier Landeshochschulen ihren diesjährigen Festkommers am Samstag, den 23. Februar, 20 Uhr, im großen Saal der Festhalle. Als Festredner für den Abend ist Universitätsprofessor Dr. Wathjen aus Münster gewonnen.

Flugzeugunfall. Auf dem hiesigen Flugplatz sollte das Flugzeug „F 13“ eingeflogen werden. Es kam beim Start gut ab, verging sich aber beim Niedergehen in den Bäumen. Zwei Monteur trugen Verletzungen davon; einer konnte sofort wieder aus dem Krankenhaus entlassen werden, der Zustand des anderen, der eine leichte Gehirnerschütterung davontrug, ist nicht bedenklich.

Gewinn in der Klassenlotterie. Der am Montag gezogene Gewinn von 75 000 M. in der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie, der auf die Nummer 283 411 fiel, ist zum Teil nach Zerbst (Anhalt), wo Viertellose gespielt wurden, zum Teil in Ahtelabschnitten nach Karlsruhe gefallen. Die glücklichen Gewinner der Viertellose in Karlsruhe sind durchweg kleinere Leute und erhalten nunmehr je 7500 M.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Die Kälteperiode ist inzwischen bis zur Mainlinie vorgezogen, nördlich deren es allgemein zur Verschärfung des Frostes gekommen ist (heute früh Temperatur in Berlin minus 15 Grad, Hannover minus 20 Grad). In unserem Gebiet hat der Frost seit gestern noch etwas nachgelassen (Rheinbecken minus 5 bis minus 7 Grad). Den Nordosten des Landes hat der Kälteeinbruch bereits erfasst (Wetzheim minus 13 Grad), doch wird es auch in den südlichen Landesteilen wieder kälter werden. Der Kälteeinbruch hat das europäische Hochdruckgebiet wieder verstärkt, so daß heute der Druck über Skandinavien, Finnland und den Ostseeländern bis auf 780 Millimeter gestiegen ist. Durch diese erneute Festigung des europäischen Kältespeichers wird der Fortbestand der Frostperiode für eine noch nicht absehbare Zeit gesichert. Wetterausichten: Verschärfung des Frostes.

**Kurze Nachrichten aus Baden**

**St. Bernheim**, 19. Febr. Gestern Abend brach in der Sattler- und Tapezierwerkstätte von Drechsel Feuer aus, das diese in kurzer Zeit einscherte. Das Feuer griff dann auf das nebenstehende vierstöckige Fabrikgebäude der Zigarrenfabrik Weismann über. In Ru stand auch dieses in Flammen und brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder.

**St. Wertheim**, 20. Febr. Zu einer Zeit, als sich eine große Menschenmenge auf dem zugefrorenen Main bei Miltenberg aufhielt, brach die Eisschicht in der Mitte des Flusses und sieben Mädchen im Alter von 10-12 Jahren versanken im Strom. Es gelang mit Stangen und Leitern sechs Kinder zu retten, während die 12jährige Marianne Viebreich vor den Augen der Mutter ertrank.

**St. Radenburg**, 19. Febr. Im Alter von 84 Jahren ist hier Heinrich Kahn gestorben, der älteste Feuerwehrmann Badens. Er besaß an Auszeichnungen die für 25jährige, die für 40jährige und die für 50jährige Mitgliedschaft.

**St. Rom Oberrhein**, 20. Febr. Aus dem ganzen Oberrhein kommen Meldungen über Hundstöße. Von Jägern wird berichtet, daß unter dem Nebelstand ein Wolfstreiben festgestellt worden ist, so daß in einzelnen Gegenden der Bestand als fast gänzlich vernichtet gelten kann.

**St. Bruchsal**, 20. Febr. Heute früh wurde auf der Landstraße zwischen Bruchsal und Heidesheim der 30 Jahre alte, in Heidesheim wohnhafte, verheiratete Robert Schädel mit schweren Verletzungen, u. a. einem komplizierten Schädelbruch, aufgefunden. Es besteht wenig Hoffnung, den Verletzten am Leben zu erhalten. Er scheint auf dem Heimwege von einem Auto überrollt worden zu sein.

**St. Wiesloch**, 19. Febr. Nach einem durch die anhaltende Kälte verursachten Maschinendefekt, bei dem sich der Motor gerade noch rechtzeitig vor dem ausströmenden Dampf in Sicherheit bringen konnte, hat H. Wieslocher Btg. das Tonwerk Walsch seinen Betrieb eingestellt, der nach Ablauf der Kälteperiode wieder aufgenommen werden soll.

**St. Mastatt**, 19. Febr. Gestern starb hier plötzlich im Alter von 69 Jahren der Veterinärarzt Jakob Wels, bad. Bezirksarzt a. D., der seit 1893, wo er von Buchen hierher kam, im Mastatter Bezirk seine Praxis ausübte. Beim Schlachthof war er aufführender Tierarzt und städtischer Fleischerbeschaumer, außerdem war er jahrelang Vorstand der Buchen-Viehgenossenschaft.

**St. Birkendorf** (M. Waldshut), 20. Febr. Heute nacht gegen 2 Uhr brach in dem umfangreichen Anwesen des Johann Staller Feuer aus, dem das Wohnhaus und das Ökonomiegebäude zum Opfer fiel. Das etwas abseits stehende Sägewerk konnte gerettet werden. Noch während die Feuerwehr mit dem Löschen beschäftigt war, brach im Anwesen des Metzgers Franz Kaller ebenfalls Feuer aus, das das Anwesen in kurzer Zeit einscherte. Dabei konnte auch nur das Vieh gerettet werden.

**St. Freiburg i. B.**, 19. Febr. Der älteste Bürger der Gemeinde St. Georgen, Josef Wirt a. D. Karl Wirt, starb im Alter von 88 Jahren. Über 20 Jahre gehörte er als Forstwart dem Forstamt Wendlingen an. Der Verstorbene machte die Kriege von 1866 und 1870/71 mit.

**Handel und Wirtschaft  
Berliner Devisennotierungen**

	20. Febr.		19. Febr.	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	163.50	163.84	163.50	163.84
Kopenhagen 100 Kr.	112.19	112.40	112.18	112.40
London 100 £.	22.035	22.075	22.02	22.06
Paris 100 Fr.	20.419	20.59	20.415	20.454
New York 1 D.	4.2080	4.2160	4.2070	4.2150
Wien 100 Schilling	16.425	16.465	16.425	16.465
Schweiz 100 Fr.	80.92	81.108	80.89	81.05
Prag 100 Kr.	59.12	59.24	59.085	59.205
Breslau 100 M.	12.477	12.497	12.475	12.495

Der Privatdiskont erfuhr eine weitere Erhöhung um 1/2 Proz.; er beträgt 6 Proz. für beide Sichten.

**St. Fuchs Waggon-F. u. G., Heidelberg.** Wie die „Frankf. Btg.“ erfährt, wurde in dem Termin am 18. d. M. der am 9. bekanntgegebene Vergleichsvorschlag mit überwiegender Mehrheit angenommen. Eine gerichtliche Bestätigung soll wegen der notwendigen Aufrechnungsarbeiten am heutigen Mittwoch erfolgen. Bekanntlich wird dieser Vergleich hinsichtlich, wenn die Stadt Heidelberg nicht bis zum 5. März der Firma einen neuen Kredit von 1,2 Mill. Reichsmark zur Verfügung stellt.

**Landesbank für Haus- und Grundbesitz.** Wie wir erfahren, hat der Aufsichtsrat der Landesbank für Haus- und Grundbesitz e. G. m. b. H. in Karlsruhe (mit Zweigstellen in Mannheim, Pforzheim, Freiburg und Sinsheim) beschlossen, auch für das abgelaufene Geschäftsjahr 1928 eine Dividende von 10% (wie in den letzten drei Jahren) in Vorschlag zu bringen. Das Geschäftsergebnis soll ein außerordentlich günstiges sein; sowohl der Umsatz wie auch der zahlenmäßige Gewinn haben sich ansehnlich gehoben. Die Generalversammlung wird im Monat April stattfinden.

**Falsche Gerüchte um die Rhodiaseta.** Wie der WTB-Bandendienst erfährt, sind alle in letzter Zeit aufgetauchten Gerüchte, die von der Einstellung des Betriebes der Rhodiaseta (Deutsche Acetat-Rundstoffsindustrie A.-G. Freiburg i. B.) wissen wollten, vollkommen aus der Luft gegriffen. Von einer Einstellung des Betriebes kann um so weniger gesprochen werden, als der augenblickliche Fabrikationsbetrieb noch gar nicht aufgenommen worden ist. Man hofft, mit den Bauten und der Einrichtung in absehbarer Zeit beginnen zu können. Es wird dann sofort mit der Fabrikation begonnen werden.

Die Freiburger Gewerbebank e. G. m. b. H. veröffentlichte ihren Geschäftsbericht für das abgelaufene Jahr 1928. Danach haben sich die gesamten Betriebsmittel von 4,8 Mill. Reichsmark auf 7 Mill. Reichsmark gesteigert, die Bilanzsumme erhöhte sich von 4,8 Mill. Reichsmark auf 7,1 Mill. Reichsmark. Die Einlagen haben sich von 1,7 Mill. Reichsmark auf 2,8 Mill. Reichsmark gesteigert. Die Kontokorrenteinlagen haben sich ebenfalls um 1 Mill. Reichsmark vermehrt. Die Außenstände im Kontokorrent beziffern sich Ende 1928 auf 3,9 Mill. Reichsmark gegen 3,3 Mill. Reichsmark, und diejenigen gegen Wechsel auf 1,3 Mill. Reichsmark gegen 0,8 Mill. Reichsmark im Vorjahre. Die Gesamtumsätze haben sich im Berichtsjahr auf 888 Mill. Reichsmark gehoben gegen 845 Mill. Reichsmark im Vorjahre. In den Jahren 1924/1928 wurden in etwa 1500 Fällen etwa 9,5 Mill. Reichsmark Kredite an die Mitglieder bewilligt. Der Reingewinn beträgt nach vorsichtiger Bewertung aller Aktiven 110 927 M. (i. B. 71 056 M.). Die Nebenstelle Todtnau hat sich im Berichtsjahre ebenfalls zufriedenstellend entwickeln können. Der am 25. d. M. stattfindenden ordentlichen Generalversammlung wird die Ausschüttung einer Dividende von wiederum 7 Proz. vorgeschlagen. Die Zahl der Genossenschaftler betrug Ende 1928 3138 (i. B. 3065, 3065).

Die Volksbank Straßburg erzielte lt. „Neuer Bad. Landesztg.“ im vergangenen Jahre einen Umsatz von 45 881 355 M., der den des Vorjahres um über 6 Mill. Reichsmark übertrifft. Die Gewinne betragen 75 176 M., nach Abzug der Anteile und Steuern verbleibt ein Reingewinn von 20 784 M. Die Einlagen erhöhten sich auf 752 549 M., die Geschäftsumsätze auf 183 281 M. Die offenen Reserven betragen 47 000 M., an stillen Reserven sind 85 000 M. vorhanden. Die Mitglieder-Versammlung genehmigte den Abschluß und beschloß, eine Dividende von 9 Proz. zu verteilen.

Eine Erweiterung im Brown-Boveri-Konzern. Die Basler Aktiengesellschaft unter der Firma Altiot Elektricitäts-Gesellschaft A.-G. hat in ihrer Generalversammlung neue Statuten angenommen. Die Firma lautet nun Holding Brown Boveri & Cie. Aktiengesellschaft. Sie hat zum Zweck Beteiligungen und Darlehen an Unternehmungen aus dem Gebiete der Elektrotechnik und der angewandten Elektrizität. Das Aktienkapital wird auf 12 Millionen Schweizer Franken verdoppelt.

Der Konkurs der Baumwollspinnerei Schwarz & Co. in Mülhausen (Elsas) ist nunmehr definitiv. Der Einspruch der Firma dagegen wurde verworfen. Die Firma befindet sich in Liquidation, rund 1000 Angestellte und Arbeiter sind brotlos geworden. Soweit sich überblenden läßt, ist das gesamte Aktienkapital verloren, jedoch dürften die Gläubiger voll befriedigt werden. Gerücheweise verlautet, daß Einflüsse von seiten der Konkurrenz bei dem Fallissement mitgespielt haben.

**Ein 95-Rpf.-Preis**

Mittwoch und folgende Tage

Unsere sämtlichen Abteilungen beweisen ihre Leistungsfähigkeit in dieser außerordentlich niederen Preislage

**KNOPF**

**G. BRAUN** KARLSRUHE I. B.

VORMALS G. BRAUNSCHE HOF-  
BUCHDRUCKEREI U. VERLAG-G.M.B.H.  
KARLSRUHE I. B. 14

**DRUCK-  
ARBEITEN**

JEDER ART FÜR WERBEZWECKE  
ORGANISATION-VERWALTUNG-WISSENSCHAFT

**Öffentliche Verbandssparkasse Gengenbach.**

Bilanz auf 31. Dezember 1928.

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenbestand . . . . .	10 425,60	1. Spareinlagen:	
2. Guthaben:		a) neue . . . . .	1 161,369,86
a) bei Banken . . . . .	10 623,63	b) aufgewertete . . . . .	569,375,68
b) Girozentrale (laufende Rechnung) . . . . .	100 060,54	2. Giro- und Kontokorrenteinlagen . . . . .	159 429,20
Betriebskapital . . . . .	35 000,—	3. Sonstige Einlagen . . . . .	—
3. Wertpapiere (aufgewerteter Nennwert) . . . . .	40 081,—	4. Anlehenskapitalschulden:	
4. Wechsel . . . . .	39 155,44	a) Reichskredite . . . . .	133 873,71
5. Hypothekendarlehen:		b) Banken . . . . .	623,64
a) neue . . . . .	532 495,36	5. Ausgaberrückstände . . . . .	—
b) aufgewertete . . . . .	217 374,65	6. Gelegliche Rücklagen . . . . .	49 161,85
c) Reichskredite . . . . .	128 083,71	7. Reingewinn von 1928 . . . . .	13 143,—
6. Darlehen in laufender Rechnung . . . . .	425 275,13		
7. Schuldscheindarlehen:			
a) neue . . . . .	131 228,92		
b) aufgewertete . . . . .	3 750,99		
8. Darlehen an Gemeinden usw. . . . .	40 345,87		
9. Lombarddarlehen:			
a) eigene . . . . .	8 000,—		
b) Abzahlungskredite . . . . .	5 790,—		
10. Einnahmerückstände . . . . .	10 022,74		
11. Sonstige Aufwertungs-forderungen . . . . .	955,75		
Aufwertungsverrechnungskonto . . . . .	276 909,59		
12. Gebäude . . . . .	71 397,02		
13. Gerätschaften . . . . .	1,—		
	<b>2 086 976,94</b>		<b>2 086 976,94</b>

**Badisches Landesheater**

Donnerstag, 21. Februar

\*D 18 (Donnerstagmiete)  
Tg.-Gem. 601-650

**Nathan der Weise**  
von Lessing  
Regie: von der Krenk

Mitwirkende:  
Gernath, Frauendorfer,  
Hiel, Blum, Brand,  
Höfer, Just, Brüder,  
Schulze

Anfang 19 . . . . . Ende geg. 23  
Preise A (0,70-5,00 RM)  
Fr. 22. Febr., König Lear,  
Sa., 23. Febr.,  
Seinen aus Irland,  
So., 24. Febr.,  
Hoffmanns Erzählungen,  
Mo., 25. Febr., König Lear,  
in der Festhalle: 4. Volks-  
sinfonieorchester,  
Di., 26. Febr., Schneiderskip,  
hierauf: Tänze

**Möbel**

Speisezimmer  
Herrenzimmer  
Schlafzimmer  
Küchen  
einzelne Möbelstücke

in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus

**Maier Weinheimer**

Karlsruhe Zahlungsvereinfachung. Kronenstr. 32  
Kein Laden, daher billigste Preise 69

Holzhauszüge, nach Holzarten getrennt, können von hier bezogen werden.

Gröbtingen, 18. Febr. 1929.  
Der Bürgermeister.

**Detektiv**-Institut  
u. Privat-  
Rückkunft  
„Mannheim“  
„Argus“  
0 6, 6  
Planken 23  
Telefon 33303  
A. Maier & Co., G.m.b.H.

**Stammholzverkauf.**

Die Gemeinde Gröbtingen verkauft im Freihandverkauf:

43 Eichen II. bis V. Klasse  
36,64 fm, 84 Eichen II. bis V. Klasse  
77,17 fm, 226 Erlen  
III. bis V. Klasse 137,01 fm,  
67 Bappeln III. bis V. Klasse  
66,85 fm, 29 Weiden  
I. bis V. Klasse 25,33 fm,  
22 Ulmen III. bis V. Klasse  
19,45 fm, 8 Kiefern  
III. bis V. Klasse 4,58 fm,  
1 Kirschenbaum II. Klasse  
2,04 fm. 3.330

Angebote sind bis längstens Dienstag, 26. Febr. 1929 hierher einzureichen.

**Korbmöbel**  
**Mercedes**

Günstig ab Fabrik an Privat/  
Bürgern Teilzahlung Reichhalt. Katalog  
auf Wunsch.  
Bestellungen: Mercedes Larch.

**Berechnung der Rücklage.**

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
5% aus 1 246 097,06 RM . . . . . = 62 304,85 RM  
Sie beträgt auf Schluß des Jahres unter Zuweisung des Reingewinns . . . . . = 62 304,85 „

Gengenbach, den 14. Februar 1929.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates:  
Rad, Bürgermeister

Der Geschäftsleiter:  
Dr. Kuner.

**Colosseum**

Täglich 8 Uhr  
REVUE

**Die Welt ohne Schleier**

Preisgekrönte  
Frauenschnheiten